

Kommunal-Angelegenheiten

Der Kampf gegen die Teuerung und die Finanzpolitik der Hauptstadt.

Mit zäher Ausdauer verfolgt Regierungskommissär Dr. Franz Ripka das Ziel, das er sich gesteckt hat: die herrschende Lebensmittelteuerung nach Möglichkeit zu mildern. Er scheut keine Mühe, er arbeitet Tag und Nacht, um die Lebensmittelpreise herabzudrücken und dadurch die Existenz der schwergeprüften Bevölkerung der Hauptstadt zu erleichtern. Er hat auch schon schöne Erfolge erzielt; es ist ihm gelungen, die Milchunternehmungen zu einer Ermäßigung des Milchpreises um 600 Kronen pro Liter zu bewegen, er hat ferner Transportbegünstigungen für die Zufuhr von lebenden Tieren und Lebensmitteln zuständigen Ortes erwirkt und durch Erwirkung einer zollfreien Einfuhr von ausländischem Fleisch der Hauptstadt ermöglicht, vorzügliches Fleisch zu mäßigen Preisen in Verkehr zu bringen, so daß sich jetzt auch die minderbemittelten Volksklassen den Genuß von Fleisch gestatten können.

Regierungskommissär Dr. Ripka begnügt sich jedoch nicht mit seinen bisherigen Erfolgen und will noch weitere Erfolge auf diesem Gebiete, einen allgemeinen Abbau der Lebensmittelpreise erzielen. Leider wird er in seinem Kampfe von den Behörden nicht so unterstützt, wie er unterstützt werden sollte. Im Gegenteil, er begegnet auf Schritt und Tritt den größten Schwierigkeiten, die seinen edlen Kampf in außerordentlichem Maße beeinträchtigen. Die Milchunternehmungen berufen sich auf die hohen Preise, die sie den Produzenten für die Milch bezahlen müßten, während die Produzenten behaupten, daß sie wegen ihrer hohen Regie die Milch nicht billiger liefern könnten. Die Bemühungen Dr. Rippas, eine weitere Ermäßigung des Milchpreises durchzusetzen, dürften also, vorläufig wenigstens, erfolglos bleiben. Mit feindseligen Augen verfolgen die Agrarier die auf eine Milderung der Fleischteuerung abzielende Tätigkeit Dr. Rippas. Kaum hat die Fleischaktion der Hauptstadt begonnen, so wird sie schon von den kleinen Landwirten heftig angefeindet. Sie protestieren gegen die Bewilligung der zollfreien Einfuhr von argentinischem Fett und Fleisch und behaupten, daß dadurch die Interessen der ungarischen Landwirte bedeutend geschädigt würden. Da bei uns die kleinen Landwirte ein wichtiger politischer Faktor sind und die Frage der Approvisionierung als politische Frage behandelt wird, so steht zu befürchten, daß es Dr. Ripka nicht leicht fallen werde, den Widerstand der erwähnten Kreise zu brechen, ihre Angriffe gegen die hauptstädtische Fett- und Fleischaktion zurückzuschlagen.

Auf die größten Hindernisse stößt aber der Regierungskommissär gerade dort, wo er am kräftigsten unterstützt werden müßte: im Stadthause selbst. Während Dr. Ripka sich redlich bemüht, die Teuerung zu bekämpfen, bürdet die Leitung der Hauptstadt immer schwerere Lasten der unglücklichen Bevölkerung auf. Die Hauptstadt befindet sich unstreitig in einer verzweifeltsten materiellen Lage, in die sie die fünfjährige unheilvolle Wirtschaftspolitik der Christlichen Kommunalpartei versetzt hat. Wir hatten wiederholt ausgeführt, daß diese Politik der reaktionären Führer des „Kurjes“, die nichts produziert, sondern auch das, was in der von ihnen so geschmähten liberalen Ära geschaffen worden war, zerstört haben, zum völligen materiellen Ruin der Kommune führen müßte, und unsere Prophezeiung hat sich auch leider erfüllt. Obgleich die selig entschlummerte Majorität der aufgelösten Stadtrepräsentanz von Jahr zu Jahr ein „defizitfreies“ Budget zusammenstellen ließ, hat die Hauptstadt mit immer schwereren, hartnäckigeren materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die am besten beweisen, wie reell die defizitfreien Budgets waren. Jetzt, wo die Finanzlage der Hauptstadt in ein geradezu kritisches Stadium geraten ist, macht die Leitung der Kommune die verzweifeltsten Anstrengungen, um sich aus dieser Lage zu befreien. Sämtliche städtischen Gebühren sind zu diesem Zwecke in horrendem Maße erhöht worden, die meisten haben die Goldparität bereits erreicht, viele sogar überschritten. Den endlosen Gebührenerhöhungen ist vor kurzem durch Erhöhung der Pflastermaut die Krone aufgesetzt worden. Durch die maßlose Steigerung der Pflastermautgebühren wird wieder eine mächtige Teuerungswelle in Bewegung gesetzt, die die bisherigen Erfolge Dr. Rippas vernichten und alle seine Bemühungen paralisieren wird. Die kommerziellen und industriellen Kreise haben bereits die Aufmerksamkeit Dr. Rippas auf diesen Umstand gelenkt, und der Regierungskommissär hat für Dienstag eine Enquete einberufen, die in dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll.

Außer den Gebührensteigerungen bedrücken die zahllosen städtischen Steuern die Bürgerschaft. Die Hauptstadt steht rücksichtslos, ohne sich darum zu kümmern, daß die Steuerzahler schon lange die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben, die Steuer schraube in Funktion. Auf die Tagesordnung der nächsten Magistratsitzung im übertragenen Wirkungskreise der Generalversammlung sind unter anderen zwei Steuervorlagen gesetzt worden: Erhöhung des Erwerbsteuerschlüssels von 5 auf 10 Prozent und Einhebung eines Kommunalzuschlages von 10 Prozent nach der Einkommensteuer. Im Sinne einer Regierungsverordnung ist wohl die Hauptstadt berechtigt, die Erwerbsteuer zu erhöhen und nach der Einkommensteuer einen Zuschlag einzuhoben, nach unserer Ansicht und der Ansicht vieler Kommunalpolitiker dürfte dies aber nicht jetzt geschehen, wo sich die Hauptstadt in einem Exler-Zustand befindet. Im Sinne des Gesetzes ist nur der Municipalausschuß befugt, neue Steuern einzuführen, der Magistrat kann auch im übertragenen Wirkungskreise der Generalversammlung dieser Recht nicht ausüben. Täte er es dennoch, so würden die bisherigen Lasten der Bevölkerung

sich um eine neue, außerordentlich schwere vermehren, die die Teuerung noch viel empfindlicher machen würde.

Wir fürchten, daß der Bevölkerung diese neue Heimsuchung nicht erspart werden wird, denn die Hauptstadt ist angewiesen auf die Mehreinnahmen, die die erhöhten Gebühren ergeben und die neuen Steuern ergeben werden. Freilich hätte sie durch eine bessere, rationelle Wirtschaft die Bevölkerung vor diesen schweren Prüfungen bewahren können. Auch jetzt noch ließe sich die Finanzlage wesentlich verbessern, wenn die Leitung der Hauptstadt, statt sich auf Gebührensteigerungen und die Einführung neuer Steuern zu beschränken, eine vernünftige Wirtschaftspolitik befolgen würde. Vor allem müßte sie die kommunale Verwaltung reformieren; der heutige komplizierte, schwerfällige Apparat verschlingt ungeheure Summen, durch eine den Verhältnissen entsprechende Vereinfachung der Administration könnte die Hauptstadt viel Geld ersparen. Von den sechzehn Magistratssektionen sind mehrere ganz überflüssig, sowie auch die dritte Vizebürgermeisterstelle überflüssig ist. Einige der kommunalen Betriebe verfügen über Reserven von Milliarden, die sie zu Investitionszwecken verwenden. Zur Deckung der Investitionen sollten aber langfristige Anleihen aufgenommen werden, denn man dürfte nicht alle Lasten dieser Generation allein aufbürden. Mit den Reserven der Betriebe könnte sich die Hauptstadt rangieren, so daß sie die Bürgerschaft nicht so rücksichtslos, wie bisher, in Anspruch nehmen müßte. Selbstverständlich müßte sie auf allen Gebieten die allgrößte Sparsamkeit beobachten, und z. B. dem kostspieligen Luxus der Autos entsagen. Hoffentlich wird der mit der Kontrolle der Finanzwirtschaft der Hauptstadt zu betrauende finanzielle Sachverständige die Wirtschaftspolitik der Kommune auf die richtige Bahn lenken.

Die Uebernahme des Zitaspitals. Das Wohlfahrtsministerium hat heute die Baracken des Zitaspitals übernommen. Zu diesem Akte waren erschienen: in Vertretung des Ministeriums Sektionsrat Géza Vasváry, von der Hauptstadt Magistratsrat Andreas Edes und die Obernotäre Karl Szendy und Ludwig Farkas, in Vertretung des Wohnungsamtes Gerichtshofsrichter Udvarhelyi. Die Baracken werden schon demnächst zu Notwohnungen umgestaltet werden.

Abtragung der Fischhalle auf dem Deák-tér. Die Fischhalle, die sich über der Untergrundbahnstation Deák-tér befindet, soll im Sinne eines Magistratsbeschlusses „aus ästhetischen Gründen und aus Verkehrsrücksichten“ abgetragen werden. Der Pächter der Fischhalle hat gegen den Beschluß an die die Generalversammlung vertretende Magistratsitzung rekurrirt, die Mittwoch den Rekurs verhandeln wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Rekurs abgelehnt werden.

Die Auflösung des Segelklubs. Der Minister des Innern hatte bekanntlich die Auflösung des Segelklubs angeordnet und mit der Durchführung der Verordnung die Hauptstadt betraut. Die Vorstehung des 7. Bezirks hat die Auflösung des Klubs bereits vollzogen und hierüber dem Bürgermeister Bericht erstattet. Wie die Bezirksvorstehung festgestellt hat, verfügte der Klub über ein so geringes Barvermögen, daß es kaum zur Deckung seiner Steuerrückstände ausreichte.

Bei Stuhlverstopfung, Verdauungsstörungen und Kongestionen nimmt man früh nüchtern ein Glas natürliches „**Franz-Josef**“-Bitterwasser.